

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

16. WP - 51. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. März 2008, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i. V. v. Peter Eichstädt

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Angelika Birk

Weitere Abgeordnete

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Torsten Geerds (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Heiner Garg (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Sachstandsbericht über die Aufarbeitung der Störfälle bei den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel vom 28. Juni 2007 und den aktuellen Stand der atomaufsichtlichen Verfahren sowie Initiativen zur Fortentwicklung des Atomrechts	4
2. Leukämiefälle in der Elbmarsch müssen aufgeklärt werden	6
Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1819 (neu)	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1830	
3. Aktionsbündnis gegen den Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1726	
4. Gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen und Grundversorgung von Kindern	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1727	
5. Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderung in den öffentlichen Dienst	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/671	
6. Bericht des Sozialministeriums über Pflegestützpunkte	11
7. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird diese um den Punkt „Bericht des Sozialministeriums über Pflegestützpunkte“ erweitert.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht über die Aufarbeitung der Störfälle bei den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel vom 28. Juni 2007 und den aktuellen Stand der atomaufsichtlichen Verfahren sowie Initiativen zur Fortentwicklung des Atomrechts

hierzu: Umdruck 16/2895

AL Dr. Cloosters legt den aktuellen Sachstand über die Aufarbeitung der Störfälle bei den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel vom 28. Juni 2007, die atomaufsichtlichen Verfahren und die Initiativen der Landesregierung zur Fortentwicklung des Atomrechts dar. Dabei trägt er in groben Zügen den Inhalt des Umdrucks 16/2895 vor.

Abg. Matthiessen fragt nach unterkritischen Schäden beim Reaktordruckbehälter nach der Kaltwassereinleitung und der Art der Untersuchung derselben. Herr Dr. von Raczeck schildert, dass zerstörungsfreie Untersuchungen, numerische Analysen und finite Elementrechnungen durchgeführt worden seien.

Auf eine weitere Frage des Abg. Matthiessen hinsichtlich der Rissbildungen in den Nähten legt Herr Dr. von Raczeck dar, die bekannten Stellen seien Bestandteil eines Prüfprogramms, wonach in bestimmten Zyklen untersucht werde, ob sich Veränderungen ergeben hätten.

Abg. Harms möchte wissen, wann mit einem Wiederauffahren gerechnet werden könne. AL Dr. Cloosters erwidert, dass noch eine Reihe von Komplexen abzuarbeiten seien. Bezüglich eines Auffahrens sei darauf hinzuweisen, dass der Betreiber dafür eine Zustimmung der Atomaufsichtsbehörde benötige. Ein solcher Antrag sei noch nicht gestellt worden. Derzeit sei mit einem solchen Antrag auch nicht zu rechnen, weil die technischen Voraussetzungen noch nicht gegeben seien.

Abg. Matthiessen fragt, ob es bei der Dübelproblematik auch zu tiefe Bohrlöcher gegeben habe. Dies bejaht Herr Dr. von Raczeck. Eine Sanierung könne auf zweierlei Arten vorgenommen werden. Entweder würden die Dübel herausgenommen, das Bohrloch verschmiert

und der Dübel an anderer Stelle gesetzt oder das Bohrloch werde erweitert und es werde ein größerer Dübel verwendet.

Abg. Matthiessen stellt eine Frage hinsichtlich der Überbesetzung der Leitwarte in einem Störfall. AL Dr. Cloosters berichtet, dass eine Änderung der Alarmordnung vorgesehen sei. Danach solle sich bei Störfällen nicht mehr so viel Personal auf der Leitwarte befinden. Es werde zum Teil in Nebenräume umgeleitet, um für unterstützende Arbeiten zur Verfügung zu stehen.

Eine weitere Frage des Abg. Matthiessen hinsichtlich der Dreiwegekommunikation beantwortet AL Dr. Cloosters dahin, dass es sich hierbei um eine Maßnahme handele, die für alle Kernkraftwerke von Relevanz sei. Das derzeitige Merkheft zur Kommunikation werde überarbeitet und solle verbindlich eingeführt werden.

Abg. Matthiessen gibt folgende Bewertung ab: Die Änderungen an den Kernkraftwerken seien sehr umfangreich gewesen. Festzustellen sei, dass die Aussage, Deutschland habe die sichersten Kernkraftwerke der Welt, zumindest bis zu diesem Zeitpunkt sehr relativiert werden müsse.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden empfiehlt der Ausschuss dem Landtag sodann einstimmig, die aus den Drucksachen 16/1551 Nr. 1, 16/1512 und 16/1587 ersichtlichen Berichtsaufträge an die Landesregierung für erledigt zu erklären. Weiter wird das Sozialministerium gebeten, dem Sozialausschuss in circa drei Monaten erneut zu berichten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Leukämiefälle in der Elbmarsch müssen aufgeklärt werden

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1819 (neu)

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1830

(überwiesen am 31. Januar 2008)

St Dr. Körner berichtet, dass die Ministerin ein Gespräch mit Vertretern der Bürgerinitiative Elbmarsch geführt habe. Dabei hätten sich die Gesprächsteilnehmer darauf verständigt, dass vorerst keine neuen Bodenproben genommen und ausgewertet werden sollten. Zunächst solle das Ergebnis des Fachgespräches, das der Niedersächsische Landtag beim Bundesamt für Strahlenschutz angeregt habe, sowie die Ergebnisse der Strahlenschutzkommission abgewartet werden.

Teilnehmer, die Kontakt mit Professor Mironov gehabt hätten, sollten bei diesem vorstellig werden, um festzustellen, ob es noch Bodenproben oder Rückstellproben gebe, und ihn zu bitten, Unterlagen vorzulegen. Außerdem solle die Strahlenschutzkommission gebeten werden, ihn zu seiner nächsten Sitzung einzuladen. Verabredet worden sei außerdem, ein weiteres Treffen durchzuführen, sobald Ergebnisse vorlägen.

Abg. Schulze bittet, beim Niedersächsischen Landtag in Erfahrung zu bringen, wie der zeitliche Ablauf des Fachgespräches vorgesehen sei. In diesem Zusammenhang weist Abg. Matthiessen darauf hin, dass in Niedersachsen Neuwahlen stattgefunden hätten und das Thema möglicherweise der Diskontinuität anheim gefallen sei.

Übereinstimmung besteht unter den Ausschussmitgliedern darin, dass versucht werden soll, zu diesem Thema einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Aktionsbündnis gegen den Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1726

(überwiesen am 31. Januar 2008 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss kommt überein, ein Gespräch mit Fachleuten zu führen. Diese sowie ein Termin für dieses Gespräch sollen in der nächsten Sitzung festgelegt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen und Grundversorgung von Kindern

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1727

(überwiesen am 31. Januar 2008 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

St Dr. Körner legt dar, dass das Thema „Kein Kind ohne Mahlzeit“ im Land mit den Wohlfahrtsverbänden umgesetzt werde. Das Ministerium setze hier auf eine enge Zusammenarbeit mit den vorhandenen Strukturen sowie darauf, dass bereits vorhandene Angebote nicht ersetzt würden.

Abg. Heinold legt dar, aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP gehe hervor, dass das Angebot „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ausschließlich an Kinder gerichtet werde, die länger als vier Stunden in einer Kindertagesstätte seien. Es gebe aber eine Reihe von Kreisen mit der Regelung, dass beispielsweise Kinder von Hartz-IV-Empfängern nur vier Stunden lang eine Kindertagesstätte besuchen könnten. Damit fielen mehrere Kreise aus dieser Regelung heraus; Kinder erhielten keine warme Mahlzeit.

Abg. Harms möchte wissen, ob auch Landesmittel für diese Maßnahme bereitgestellt würden.

Abg. Franzen ist wichtig, dass die Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen würden, und fragt nach einer möglichen Beteiligung der Eltern an den Kosten für das Mittagessen.

Abg. Baasch erinnert daran, dass der Landtag die Haushaltsmittel festlege. Wenn das Parlament eine bestimmte Maßnahme für richtig halte, sollte es die Landesregierung ermuntern, tätig zu sein.

St Dr. Körner legt dar, die Aktion habe die unterschiedlichen Sozialstufen in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten offengelegt. Dadurch entstehende Probleme sollten im Sinn einer Verbesserung der Situation von kleinen Kindern aufgefangen werden.

Derzeit würden nur Stiftungsgelder verwandt. Die Konzeption des Programms sei auf der Grundlage der vorhandenen Stiftungsmittel erstellt worden.

Die Regelung vor Ort sei pragmatisch. Für jeden, der Bedarf habe, solle Essen bereitgestellt werden. Insgesamt solle ein ortsnahes, pragmatisches Vorgehen gewählt werden. Dieser Ansatz versuche auch, die Eltern in die Pflicht zu nehmen. Insgesamt - so resümiert er - seien die Aktivitäten, die notwendig seien, um die Situation von Kindern zu verbessern, vielfältig. Die hier angesprochene Aktion sei nur ein Baustein.

Frau Bürger geht auf die Vierstundenproblematik ein und legt dar, es sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, an der alle, auch die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände, beteiligt seien. Darin liege eine Chance, dass gemeinsam die Entwicklung der Versorgung von Kindern vorangebracht werden könne. Mit den vorhandenen Stiftungsgeldern solle verantwortlich umgegangen werden. Das beinhalte auch, die vor Ort existierenden Hilfen zu verzahnen und zu ergänzen. Gespräche mit Eltern vor Ort sollten mit dem Ziel geführt werden, einen Eigenanteil der Eltern zu gewährleisten.

Auf eine Nachfrage der Abg. Heinold bestätigt St Dr. Körner, dass auch Kinder, die sich nur vier Stunden in einem Kindergarten befänden, von der Maßnahme profitieren könnten, sofern Bedarf vorhanden sei.

Abg. Heinold fragt nach den Kriterien für eine Beantragung. Frau Bürger legt dar, dass es drei verschiedene Kriterien gebe, von denen nur eines erfüllt zu sein brauche, nämlich erstens die Zahlung des Mindestbeitrags oder die Verminderung des Beitrags für den Besuch eine Kita, zweitens ein ALG-II-Bezug und drittens andere Voraussetzungen, zum Beispiel eine Begleitung durch die Schuldnerberatung. Abg. Heinold plädiert dafür, in der Praxis vernünftige und flexible Lösungen zu finden.

Abg. Heinold bittet um Auskunft darüber, an wie vielen und welchen Schulen kostenlos gefrühstückt werden könne. - Die Vertreterin des Bildungsministeriums sagt zu, diese Information schriftlich nachzureichen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderung in den öffentlichen Dienst

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/671

(überwiesen am 1. Juni 2006 an den **Sozialausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Er kommt außerdem überein, dieses Thema im Rahmen der Behandlung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage von Menschen mit Behinderung zu diskutieren.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht des Sozialministerium über Pflegestützpunkte

St Dr. Körner legt dar, dass er derzeit noch keinen abschließenden Bericht erstatten könne. Am gestrigen Tag, also am 5. März 2008, seien 51 Änderungsanträge der Berliner Koalition vorgelegt und den Ländern zur Kenntnis gegeben worden.

Es gebe Kontakt mit den kommunalen Vertretern und den Krankenkassenvertretern, um den schleswig-holsteinischen Ansatz der trägerunabhängigen Beratungsstellen zu integrieren.

Die Berliner Koalition beabsichtige, den Ländern eine Option einzuräumen.

Er bietet an, dem Ausschuss zu gegebener Zeit erneut von sich aus vorzutragen. Er ergänzt ferner, beabsichtigt sei ein Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung zum 1. Juli. - Der Ausschuss nimmt das Angebot von St Dr. Körner an.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Ausschuss beschließt, sich in dieser Legislaturperiode an der **Verleihung des Bürgerpreises** des Sparkassen- und Giroverbandes zu beteiligen.

Die Vorsitzende legt dar, die Aktion stehe in diesem Jahr unter dem Motto „Kindern fördern - in die Zukunft investieren“.

b) Der Ausschuss greift erneut die geplante **Ausschussreise** in die Niederlande auf und kommt überein, aus Kostengründen eine Busreise zu unternehmen.

c) St Dr. Körner geht auf ein Schreiben des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Fraktion ein. In diesem habe er die Frage gestellt, ob die Landesregierung alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, um eine **Informationsbeschaffung** bei den **Kommunen** sicherzustellen. St Dr. Körner erinnert daran, sowohl in Berichten der Landesregierung als auch im Ausschuss sei bereits darauf hingewiesen worden, dass die Kommunen schriftlich und in verschiedenen Konsultationsgesprächen Antworten auf gewünschte Fragen verweigerten. Das Hauptargument dafür sei, dass es sich um die Erledigung von pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben handele. Dabei handele es sich um ein Grundsatzthema, das derzeit bundesweit diskutiert werde.

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Siegrid Tenor-Alschausky

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin